

Englisch wird zur zweiten Landessprache

Der Anteil englischsprachiger Menschen in der Schweiz wächst rapide, die Bedeutung des Französischen und Italienischen schwindet

ERICH ASCHWANDEN, DANIEL GERNY

Der Kauf einer Brille bei einem Optiker in der Zürcher Innenstadt wurde für Simon König (Name geändert) zur Herausforderung der ganz besonderen Art: Das Verkaufspersonal sprach kein Wort Deutsch – das Beratungsgespräch zu Sehstärken und den Vorteilen von Gleitsichtgläsern musste König wohl oder übel in Englisch führen. Dies, weil kurzfristig nicht genügend Personal mit deutscher Muttersprache verfügbar war und Angestellte aus einer Filiale in London einspringen mussten.

Der Trend «English only», der vor einigen Jahren in Zürcher Trendlokalen einsetzte, schwappt auf immer mehr Bereiche und Regionen über. Inzwischen ist schon fast alltäglich, dass Kundinnen und Kunden in Schweizer Städten und Tourismusorten – ohne dass mit der Wimper gezeitet wird – in Englisch angesprochen werden. Das beschränkt sich keineswegs nur auf Zürich, Genf, Zermatt oder St. Moritz. Im Gegenteil: Der Ort, an dem in der Schweiz am häufigsten Englisch gesprochen wird, dürfte Walchwil im Kanton Zug sein.

Eine genaue Statistik darüber, wie viele Einwohner einer Gemeinde welche Sprache sprechen, gibt es zwar nicht. Doch im Rahmen der Struktur-erhebung 2022 hat das Bundesamt für Statistik (BFS) auch Angaben zur Sprache der Bewohnerinnen und Bewohner erhoben. An der Spitze liegt dabei der Kanton Zug: Dort haben 14,1 Prozent der Bevölkerung angegeben, dass sie hauptsächlich Englisch sprechen. Kein anderer Kanton ist so stark angli-siert wie das Innerschweizer Steuerparadies. Dahinter folgen die Kantone Basel-Stadt (12,5 Prozent), Genf (11,8 Prozent) und Zürich (10,8 Prozent).

Einfluss der sozialen Netzwerke

Schlüsselt man die Zuger Zahlen nach Gemeinden auf, ist das Bild noch krasser: Im beschaulichen Walchwil mit seinen knapp 4000 Einwohnern spricht fast jede dritte Person ab 15 Jahren Englisch, nämlich 27,3 Prozent. Auf den zweiten Blick allerdings ist dies weniger überraschend. Die exklusiven Wohnlagen können sich vor allem gutverdienende Expats leisten. In der Kantonshauptstadt Zug ist Englisch für jeden Fünften die Hauptsprache. In der Stadt Zürich sind es 12,5 Prozent, die Englisch als Hauptsprache angeben.



Wer heute in Zürich einkaufen geht, muss sich nicht wundern, wenn er auf Englisch bedient wird.

ILLUSTRATION SIMON TANNER / NZZ

Auffallend ist, wie rasant sich Englisch verbreitet. Innert 22 Jahren hat sich die Zahl der Einwohner mit Englisch als Muttersprache mehr als verdreifacht. Sprachen im Jahr 2000 weniger als 2 Prozent der Zuger Bevölkerung hauptsächlich Englisch, waren es 2012 bereits über 8 Prozent. Seit 2012 hat sich der entsprechende Anteil nochmals um rund 6 Prozentpunkte erhöht. In Zug scheint diese Entwicklung zwar besonders eindrücklich, doch auch in anderen Kantonen drückt Englisch die übrigen Landessprachen an den Rand.

Der scheinbar unaufhaltsame Vormarsch des Englischen ist indessen längst nicht allein auf die Zuwanderung zurückzuführen. Wichtiger sind die Dominanz des Englischen in den sozialen Netzwerken oder auf Netflix – sowie der Fremdsprachenunterricht. Unter dem Titel «Wie viel Englisch braucht die Schweiz?» warnte der Romanist Marco Baschera 1997 in der NZZ vor der Einführung des obligatorischen Englischunterrichts vor dem Französischunterricht an der Primarschule im Kanton

Zürich. «Leider haben sich meine damaligen Befürchtungen bestätigt», konstatiert der inzwischen emeritierte Literaturprofessor im Gespräch mit der NZZ.

Zahlen des Bundesamtes für Statistik belegen dies: In der Gruppe der 15- bis 24-Jährigen wird Englisch von fast drei Vierteln mindestens einmal pro Woche gesprochen, geschrieben, gelesen oder gehört. 2014 waren es erst 62 Prozent. Das ergab eine Erhebung aus dem Jahre 2019. Inzwischen dürfte der Anteil sogar noch höher liegen. Dagegen verwenden deutlich weniger ältere Personen Englisch in vergleichbarer Regelmässigkeit.

Ab 75 Jahren benutzen die Sprache nur gerade 15 Prozent mindestens einmal in der Woche. Über alle Altersgruppen und alle Sprachregionen betrachtet kam Englisch 2019 als häufigste Nichtlandessprache bei 45 Prozent der Bevölkerung in der Schweiz regelmässig zum Einsatz. Dagegen verwenden nur 39 Prozent der Bevölkerung regelmässig Französisch und nur 15 Prozent Italienisch.

Kaum etwas veranschaulicht diesen Trend hin zum Englischen besser

als die Liste der Jugendwörter der letzten Jahre. Für 2023 lautet es «Goofy» und beschreibt eine tollpatschige Person. Auch in den Jahren zuvor standen englische Ausdrücke meist ganz oben: «Smash» (2022), «cringe» (2021), «lost» (2020) oder «fly sein» (2016). Die älteren – und eher mit Landessprachen vertrauten – Semester machen unterdessen mit cringen Englisch-Defiziten auf sich aufmerksam.

Unvergessen ist der CNN-Auftritt des früheren Bundesrates Ueli Maurer nach seinem Besuch bei Donald Trump im Jahre 2019. Maurers Kommunikationschef musste die Fragen der Moderatorin für das Publikum hörbar ins Schweizerdeutsch übersetzen und ihm die Antworten vorsprechen. Maurer stolperte und verhaspelte sich, obwohl er inhaltlich kaum etwas sagte. Legendar seine Aussage zum Schluss des Interviews: «I can nothing say to this issue.»

Inzwischen werden Bundesratskandidatinnen und -kandidaten regelmässig auch auf ihre Englischkenntnisse abgeklappt. Für den im Dezember frisch ge-

wählten Justizminister Beat Jans kein Problem: Der Basler ist – typisch für die Stadt mit dem zweithöchsten Anteil an Personen mit englischer Muttersprache – mit einer Amerikanerin verheiratet. Am Familientisch wird bei der Familie Jans regelmässig Englisch gesprochen.

Kitt für die Schweiz?

Das Englische sei weit in das diffizile Beziehungsgeflecht der vier Landessprachen eingedrungen, erklärt der Literaturprofessor Baschera: «Nicht zuletzt wegen der gewichtigen Zunahme der Immigration Sprachen wird es zu einer Art gemeinsamer fremder Landessprache», sagt er. Er hält dies fatal für einen Staat. «Für den die gelebte Mehrsprachigkeit ein wichtiges identitätsstiftendes Element ist.»

Auch eine erst vor kurzem von der Universität Genf veröffentlichte Studie bestätigt, dass Englisch zumindest an den Gymnasien alles dominiert. «Der Zug für die Landessprachen an den Schulen ist mehr oder weniger abgefahren», sagt der Studienautor Daniel Elmiger. Nur rund 13 Prozent der zweisprachigen Matura-Abschlüsse in den einsprachigen Deutschschweizer Kantonen sind mit Französisch oder Italienisch als Zielsprache. Elmiger diagnostiziert eine schleichende Anglisierung des Unterrichts. Dies gilt auch für die Berufsschulen.

Wenn sich eine junge Zürcherin und ein junger Jurassier in diesem Sommer in Bern am Konzert von Pink treffen, ist die Wahrscheinlichkeit deshalb hoch, dass sie sich auf Englisch unterhalten. Der Welschland-Austausch wird – falls er überhaupt noch stattfindet – zum Englisch-Training. Längst ist es auch selbstverständlich, dass Exponate in Museen in der Sprache des jeweiligen Landesteils und in Englisch angeschrieben sind. Theateraufführungen werden regelmässig englisch untertitelt, Sitzungen heissen Meetings, und gesprochen wird: Englisch. In vielen Unternehmen oder Forschungsteams ist nicht mehr Deutsch oder Französisch die gesprochene Sprache, sondern Englisch.

Für Pessimisten wird Englisch so zum Treiber, der die aus vier Sprachregionen gebildete Willensnation langsam auseinandertreibt. Für Optimisten ist es der Kitt, der sie noch besser verbindet. Die Zeit aber, in denen dies Sprachpuristen als «shocking» empfanden, ist definitiv über.

Ueli Maurer bekräftigt seine Kritik an der Corona-Politik

Der frühere SVP-Bundesrat musste Prügel einstecken wegen seiner Aussagen zur Pandemie oder zur Impfung – nun setzt er noch einen obendrauf

SIMON HEHLI

Ueli Maurer werde, befreit von den Zwängen bundesrätlicher Kollegialität, immer radikaler. Das schrieb die «NZZ am Sonntag» vor zwei Wochen – und führte zahlreiche Beispiele von provokativen Aussagen Maurers zur Schweizer Corona-Politik an. Im Gespräch mit dem früheren «Weltwoche»-Journalisten und SVP-Politiker Philipp Gut auf dem Internetsender «Hoch2.tv» bezeichnete der Alt-Bundesrat die Pandemie als «Hysterie», die bewusst geschürt worden sei. Und als «Massenhypnose». Es sei von Anfang an klar gewesen, dass das Virus nicht so schlimm habe sein können, wie man das dargestellt habe.

Auch zur Impfung äusserte sich Maurer sehr kritisch: «Wir haben vorgegaukelt, wir hätten Impfstoffe, die absolut nützlich seien. Und jetzt stellen wir fest: Das ist sehr viel heisse Luft. Mehr heisse Luft als Inhalt.» Politische Gegner reagierten empört. Die damaligen Entscheide des Bundesrates derart radikal infrage zu stellen, sei eines Alt-Bundesrates unwürdig, sagte die SP-Gesundheitspolitikerin Barbara Gysi. Und ein Soziologe analysierte: In den Aussagen von Maurer fänden sich «ge-

zielt gesetzte Versatzstücke vieler verschwörungstheoretischer Erzählmuster».

Nun erklärt sich Ueli Maurer in einem Interview in der «Sonntags-Zeitung». Manche Aussagen mildert er zwar etwas ab. Doch von seiner dezidierten Kritik an der Corona-Politik rückt er nicht ab. Er habe dazu nur gesagt, was er schon immer gesagt habe. «Dass dies für so viel Wirbel sorgte, hat mich erstaunt.» Natürlich habe es sich bei der Pandemie um eine «Hysterie» gehandelt, und zwar weltweit.

In der «Hypnose» gefangen

Maurer räumt zwar ein, dass tatsächlich viele ältere Menschen und Infizierte mit Vorerkrankungen gestorben seien. Doch man hätte sich laut Maurer darauf beschränken müssen, diese Risikogruppen zu schützen, statt alles lahmzulegen. «Klar, im Nachhinein ist man immer schlauer, aber damals wurde jeder, der etwas in diese Richtung sagte, als verantwortungsloser Spinner hingestellt. Das meine ich mit Massenhypnose.»

«Wer eine kritische Frage stellte, wurde aussortiert, indem man ihn als «Verschwörer» oder als «Rechtsextremen» brandmarkte, der «Tote in Kauf

nimmt», sagt Maurer. Aus dieser «Hypnose» sei man nicht mehr herausgekommen – selbst dann nicht, als sich herausgestellt habe, dass die Pandemie gar nicht so tödlich gewesen sei wie befürchtet, zumindest für junge und gesunde Menschen.

Maurer zeichnet von sich das Bild eines Mahners, auf den im Bundesrat niemand gehört hat. Der Trend sei unglaublich stark gewesen: zu immer noch mehr und noch stärkeren Massnahmen. «Dies umzukehren, war unmöglich. Ich musste mich darauf beschränken, das Schlimmste zu verhindern.» Maurer sagt, es sei für ihn ebenso faszinierend wie beängstigend gewesen, zu sehen, wie so eine Dynamik entstehe, bei der schon eine kritische Frage reiche, um als böse zu gelten. Ähnliches sei auch beim Ukraine-Krieg geschehen.

Maurer wehrt sich dagegen, wegen seiner Kritik als genereller Impfgegner hingestellt zu werden. Impfungen gegen Starrkrampf oder Kinderlähmung seien völlig unbestritten. Wenn ein Impfstoff hingegen so schnell entwickelt und zugelassen werde wie jener gegen Covid-19, so sei eine gewisse Skepsis angebracht. Maurer ist nach wie vor der Meinung, man hätte die Impfpflicht auf

Risikogruppen beschränken müssen. Er sei zudem überzeugt, dass man sich in den nächsten Jahren zunehmend mit Impfschäden werde beschäftigen müssen.

Fehler bei der Kreditvergabe

Dass seine Aussagen vor zwei Wochen einen derartigen Wirbel auslösten, erklärt sich der SVP-Mann mit dem «zuverlässigen Anti-Maurer-Reflex» in den Medien. «Privat erhalte ich sehr viel Zustimmung, auch von Ärzten und Wissenschaftern.» Doch ihm gehe es um etwas anderes: Dass man eine ganze Gesellschaft manipulieren könne, wie das während der Pandemie passiert sei, sei gefährlich.

Maurer nimmt die Kritik auf, er bereite Verschwörungstheoretikern den Boden – und dreht das Argument um: «Die Vorgänge während Corona waren Wasser auf die Mühlen all jener, die das Vertrauen verloren haben und nicht mehr an den Staat glauben. Die Folgen spüren wir nun durch die zunehmende Anzahl an Staatsverweigerern oder die Verschwörungstheorien, zum Beispiel, dass das WEF oder Bill Gates schuld an allem seien und die Weltherrschaft anstreben.»

Maurer fordert, dass man diese Leute zurückholen müsse, sonst würden sie zu Extremisten. Daran werde die Schweiz noch eine ganze Weile zu beissen haben. «Doch der Staat hat es nicht einmal geschafft, einzugestehen, dass er bei der Ausgrenzung zu weit gegangen ist. Das wäre das Mindeste, was man tun müsste.»

Als Finanzminister war Maurer verantwortlich für die Kredite an Unternehmen, die wegen Corona in Schwierigkeiten gerieten. Obwohl auch Betrüger sich die Kredite sicherten und der Bund mit Ausfällen von 1,7 Milliarden rechnet, sieht der Alt-Bundesrat keine eigenen Fehler. Diese habe das Parlament begangen, indem es mit beiden Händen A-fonds-perdu-Gelder verteilt habe. «Dies führte dazu, dass viele, die zuvor einen rückzahlbaren Kredit aufgenommen, dachten: «Wenn die das Geld nicht zurückzahlen müssen, so tu ich es auch nicht.»»

Maurer ist 73-jährig. Doch der frühere Präsident der SVP zeigt keine Lust, in aller Ruhe die Rente zu geniessen und – wie andere frühere Bundesräte – der Maxime «servir et disparaître» zu folgen. Er erklärt bereits, gegen «einen möglichen schlechten Rahmenvertrag» an vorderster Front kämpfen zu wollen.